

Schwarze Schafe und Ausbeutung künftig stoppen

FLEISCHINDUSTRIE Neues Arbeitsschutzkontrollgesetz in Ahlhorn und Wildeshausen von hohem Interesse

AHLHORN/WILDESHAUSEN/USU – In Ahlhorn und Wildeshausen ist diese Diskussion in den vergangenen Monaten mit besonderem Interesse verfolgt worden. Schließlich sitzen mit Heidemark (in Ahlhorn) und Geestland (in Wildeshausen) zwei große Schlachthöfe in den Orten. Es geht um das Arbeitsschutzkontrollgesetz, das am Mittwoch im Deutschen Bundestag verabschiedet worden ist.

„Die Bundesregierung erhofft sich, die seit Jahren skandalträchtigen Arbeitsbedingungen in deutschen Schlachthöfen – durch den massenhaften Einsatz von schlecht bezahlten Werkvertragsbeschäftigten vor allem aus Osteuropa – zu beenden.“ So steht es auf der Homepage des Bundestags zu dem mit großer Mehrheit gefällten Beschluss. Neben Verbesserungen der Kontrollen in den Betrieben und der Einführung einer Arbeitszeiterfassung geht es um das Verbot von

Werkverträgen im Kernbereich der Fleischindustrie ab 1. Januar 2021.

Die beiden Bundestagsabgeordneten aus der Region in der großen Koalition, Astrid Grotelüschen, (CDU, Ahlhorn) und Susanne Mittag (SPD, Delmenhorst) haben sich am Tag der Entscheidung geäußert.

■ ASTRID GROTELÜSCHEN

„Missbrauch in Fleischwirtschaft verhindern“: So ist die Mitteilung der Christdemokratin überschrieben. „Mit diesem Gesetz sortieren wir die schwarzen Schafe in der Fleischwirtschaft aus und erreichen einen besseren Arbeitsschutz für Arbeitnehmer. Ich werde dem Gesetz aus Überzeugung zustimmen. Unsere Ziele, Missbrauch zu verhindern, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und angemessene Bezahlung sicherzustellen, waren von Anfang an gemeinsame.“

Grotelüschen weiter: „Es



Astrid Grotelüschen (CDU)

BILD: LAMMEL

war mir wichtig, dass wir damit in den letzten Wochen aus dem Entwurf von Bundesarbeitsminister Heil eine zielgenaue und für die Betriebe praktikable Lösung erarbeiten konnten. Sie wird bisherige Schlupflöcher schließen, gleichzeitig aber nicht eine ganze Branche unter Generalverdacht stellen, sowie die in der Praxis gängigen Kooperationen und Arbeitsweisen weiterhin ermöglichen.“



Susanne Mittag (SPD)

BILD: SPD

So gelte das Gesetz nicht für Betriebe unter 50 Mitarbeitern und Metzgereien, betont Grotelüschen.

■ SUSANNE MITTAG

„Schluss mit der Ausbeutung in der Fleischindustrie!“: Diese Überschrift hat die Sozialdemokratin für ihre Stellungnahme gewählt. Um die „organisierte Verantwortungslosigkeit in der Fleischindust-

rie“ zu durchbrechen, würden die Unternehmen in ihrem Kernbereich verpflichtet, nur noch mit eigenen Beschäftigten tätig zu werden. Werkverträge und Leiharbeit werden verboten.

„So kann die Verantwortung für die Einhaltung des Arbeitsschutzes und die Zustände in den Fabriken nicht länger verwischt werden. Sie liegt nun eindeutig allein bei den Inhabern der Fleischfabriken, die sich nicht mehr hinter Sub-Unternehmer-Ketten verstecken können“, hebt Mittag hervor.

Das Gesetz werde mit einheitlichen Kontrollstandards, einer Mindestbesichtigungsquote und höheren Bußgeldern für verlässlichen Arbeitsschutz sorgen. In der Fleischindustrie werde die elektronische Aufzeichnung der Arbeitszeit zur Pflicht gemacht. „Was mir sehr wichtig ist“, wie Mittag betont: „Die Metzgerei um die Ecke betrifft unser Gesetz nicht.“